

## Antrag

der Abgeordneten **Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Alexander König, Christa Matschl, Dr. Franz Rieger, Alfred Sauter, Eberhard Sinner** CSU,

**Dr. Andreas Fischer, Thomas Dechant** und **Fraktion (FDP)**

### **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Mittel- und Südosteuropa stärken!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag beobachtet mit Sorge die innenpolitischen und rechtsstaatlichen Entwicklungen in einigen mittel- und südosteuropäischen Staaten.

Durch die Erweiterungsrounden der Jahre 2004 und 2007 sind Staaten Mitglieder der EU geworden, die Bayern seit langem freundschaftlich verbunden sind. In der Folge konnten die vielfältigen Kontakte weiter ausgebaut und vertieft werden. Die verstärkte Zusammenarbeit hat nicht nur wirtschaftlichen Aufschwung mit sich gebracht, sondern auch vielfältige andere positive Auswirkungen für die Menschen. Unübersehbar ist aber auch, dass in einigen Mitgliedstaaten immer noch rechtsstaatlicher Aufholbedarf besteht, insbesondere die Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität weiter verstärkt werden muss. Besorgniserregend ist ferner, dass mancherorts Bevölkerungsgruppen in Not geraten, was zu Erscheinungen wie Elendsmigration und ethnischen Ressentiments führt. Festzustellen ist auch, dass gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten die demokratischen Institutionen und Prozesse unter starken Bewährungsdruck geraten.

Die Staatsregierung wird gebeten, im Rahmen der bilateralen Beziehungen sowie der Donaustrategie besonderes Augenmerk auf die Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte, Minderheitenschutz und sozialen Ausgleich zu legen und gegenläufigen Entwicklungen entgegenzuwirken.

#### **Begründung:**

Insbesondere wirtschaftliche Probleme in Mittel- und Südosteuropa bergen die Gefahr der Schwächung des Vertrauens der Bevölkerungen in demokratische Regierungen und staatlichen Institutionen, ebenso wie in die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Freiheit, Demokratie und Grundrechte müssen immer wieder neu erworben und verteidigt werden. Dies gilt für Staaten, deren Regierungen nur über schwache Mehrheiten verfügen ebenso wie für solche, deren Regierungen sich auf starke parlamentarische Mehrheiten stützen können. Eine enge Zusammenarbeit Bayerns und die aktive Mitwirkung im Europäischen Handlungsrahmen können einen Beitrag zur Stärkung von demokratisch und rechtsstaatlich arbeitenden Regierungen und Verwaltungen leisten.